



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 03.02.2021, 17:00 Uhr, Online-Sitzung

#### ÖFFENTLICH

#### **TOP 1                      Auswirkungen der Corona-Pandemie - Bericht zum aktuellen Stand**

---

#### **Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Sitzung findet in einem Onlineformat als Videositzung statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Link verschickt worden. EBM Seigfried prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt EBM **Seigfried** mit, dass er am Ende der öffentlichen Sitzung über die bisherigen Aktivitäten seit dem Beitritt zum Städtenetzwerk Sichere Häfen informieren werde.

Es erfolgt ein Bericht des Stabes für außergewöhnliche Ereignisse zum aktuellen Stand der Auswirkungen der Corona-Pandemie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Herr **Bockemühl** (FB Feuerwehr und Bevölkerungsschutz) berichtet über die aktuelle Lage und die Inzidenzwerte im Landkreis und der Stadt. Der gestrige Inzidenzwert des Landkreises liege bei 57,7 und der Stadt bei 59,8. Die aktuelle Inzidenz des Landkreises liege bei 50,4. Rund um die Weihnachtsfeiertage sei der maximale Höchstwert der pandemischen Lage erreicht worden. Vergleichbar mit der ersten Welle seien die Werte noch immer auf einem hohen Niveau. Der R-Wert liege beim Land Baden-Württemberg knapp unter 1. Die übliche dritte Welle solle in Kombination mit abgestimmten Maßnahmen möglichst abgeflacht durchlaufen und die bisherigen Maßnahmen möglichst lange eingehalten werden. In den Kliniken Ludwigsburg und Bietigheim werden derzeit 66 Patienten akut behandelt.

Die aktuellen Regelungen gelten bis 14.02.2021, fügt EBM **Seigfried** hinzu. Für die Schließung der Kindertagesstätten und Schulen sei eine Verlängerung bis 21.02.2021 angekündigt. In den Pflegeheimen gebe es aktuell eine stabile Situation. Weiter geht er auf das Kreisimpfzentrum ein. Mit Hochdruck arbeite man an einer eigenen Möglichkeit zur Schnelltestung in den Kindertagesstätten. Man erwarte eine Erklärung des Landes zur Übernahme der Kosten.

Frau **Karstedt** (Persönliche Referentin D II) geht auf die Situation der Verwaltung unter Pandemiebedingungen ein. Die Verwaltung arbeite im Regelbetrieb. Hierfür habe man verschiedene Maßnahmen getroffen. Die Homeoffice Möglichkeiten und der Arbeitszeitrahmen sei zudem ausgeweitet worden. Kurzarbeit finde vorwiegend in den Bereichen Tourismus und Events, Erzieherinnen und Erzieher, Stadtbibliothek und Kantine statt. Zudem werde der Landkreis bei Quarantäneanrufen unterstützt.

Herr **Schindler** (FB Bürgerdienste) informiert zu den Landtagswahlen. Die Wahllokale in den Pflegeeinrichtungen habe man verlegt. Für die Schulung der Wahlvorstände stehen mehrere Termine zur Verfügung. Für die Wahllokale gebe es ein entsprechendes Hygienekonzept.

Stadtrat **Meyer** geht auf die Schnelltestung in Kitas ein. Hier solle nicht auf eine Kostenzusage durch das Land gewartet werde. Die Stadt solle in Vorleistung gehen. Dies könne im Gemeinderat beschlossen werden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** geht auf die Erfahrungen der Stadt Rostock ein.

Das Kostenvolumen für die Schnelltestung liege in der Zuständigkeit der Verwaltung, merkt EBM **Seigfried** an. Im Sinne des Schutzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kinder werde entschieden. Das Land wolle hierzu seine Strategie überdenken. Dies werde noch zeitnah abgewartet. Eine kreisfreie Stadt könne die Strategie selbst bestimmen. Die Handlungsmöglichkeiten einer kreisangehörigen Stadt seien eingeschränkt.

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) berichtet über den aktuellen Stand im Fachbereich. Insbesondere informiert er über die Auswirkungen auf die Sportvereine und die Gesundheitsförderung.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** geht auf die Soforthilfe Sport ein. Diese messe sich an der Mitgliederstärke. Abmeldungen wirken sich somit hierauf aus.

Die aufwendigen Antragsverfahren für die Soforthilfe seien für die Vereine häufig schwierig, moniert Stadträtin **Knecht** und hofft auf städtische Unterstützung bei den Antragstellungen.

Herr **Dahler** teilt mit, dass 15,-Euro pro Mitglied angesetzt werden. Sofern Vereine sich melden, werde Hilfe bei der Antragstellung angeboten. Er werde dieses Angebot den Vereinen signalisieren. Große Vereine arbeiten meist mit professionellem Personal.

Die Verwaltung habe für Notsituationen, existenzieller oder anderer Art, ein offenes Ohr, signalisiert EBM **Seigfried**. Über die Sportförderung oder den Corona-Hilfefond gebe es Möglichkeiten zur Unterstützung.

Stadtrat **Mayer** erinnert ebenso an den Corona-Hilfefonds und regt an, dass sich betroffene Vereine rechtzeitig melden sollen. Weiter geht er auf die Gesundheitsrisiken während der Pandemie ein. Er fragt nach einer Zusammenarbeit mit Schulen und der Weitergabe von digitalen Sportangeboten.

Mit den Schulen stehe man im Austausch, so Herr **Dahler**. Online sei ein gutes Instrument, jedoch fehle das Vereinsgeschehen.

Die soziale Ungleichheit klaffe immer mehr, meint Stadträtin **Dr. Traub** und weist auf die Folgen der Pandemie sowie die gesundheitliche Chancengleichheit hin. Ebenso solle mit den Betrieben kooperiert und dort für regelmäßige Onlineübungen geworben werden. Sie regt eine Gesprächsrunde mit Kooperationspartnern an.

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) informiert zur Impfhotline. Die Zielgruppe seien über 80-Jährige. Es haben zahlreiche andere Personen angerufen. Das Seniorenbüro sei derzeit mit dieser Aufgabe beschäftigt. Weitere Mitarbeiter werden aktiviert. Ein ehrenamtliches Impfpatenprojekt sei in Planung. Die Stadt selbst habe leider

kein eigenes Kontingent. Weiter geht er auf die Angebote der Begegnungsstätten ein. Diese seien pandemiebedingt sehr eingeschränkt. In den Flüchtlingsunterkünften gebe es derzeit ein Betretungs- und Besuchsverbot. Die Zahl der Wohngeldanträge habe stark zugenommen. Der Arbeitsanfall bei der Wohngeldstelle sei verstärkt. Homeoffice sei in diesem Bereich nicht möglich. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise machen sich bemerkbar.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** erinnert an ihre Anregung Sozialdaten zu sammeln und die soziale, finanzielle sowie soziologische Veränderung der Stadtgesellschaft zu beobachten und gegebenenfalls entsprechend einzugreifen.

Es sei nur eine Nachschau möglich, da man auf Daten aus dem Jobcenter und Arbeitsagentur angewiesen sei, so EBM **Seigfried**. Man habe keinen aktuellen statistischen Blick auf die Veränderungen. Weiter ergänzt er, dass die Bundesregierung angekündigt habe für SGB II Bezieher kostenlos medizinische Masken zur Verfügung stellen. Ludwigsburg werde dies auf Ludwigsburg Card Besitzer ausweiten.

Mit der Verteilung solle ebenso eine Instruktion zur Handhabung erfolgen, bittet Stadträtin **Dr. Traub**. Hier fehle es noch an Aufklärung. Sie dankt für das große ehrenamtliche Engagement.

EBM **Seigfried** schließt sich dem Dank an und nimmt die Anregung mit.

Stadtrat **von Stackelberg** geht auf die Impfhotline ein. Es seien in der Bürgerschaft hohe Erwartungen geweckt worden und hierüber solle klar informiert werden.

Die Stadt habe keinen Vorzug und keine Sonderkonditionen, fügt EBM **Seigfried** hinzu. Man wolle Menschen helfen, die keine soziale Unterstützung haben.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) gibt einen Einblick in die Abteilungen des Fachbereiches. Die Volkshochschule werde in der Digitalisierung aufgerüstet. Hierfür gebe es eine Förderung des Bundes. Sie informiert über das aktuelle Kursangebot der Volkshochschule und den Abholservice bei der Stadtbibliothek. Sie geht weiter auf die offene Kinder- und Jugendförderung ein. Zudem informiert sie über die Notbetreuung in den Kindertageseinrichtungen und Schulen. Die Zahl der Kinder, für die zurzeit eine Notbetreuung in Kindergärten angeboten werde, liege in der aktuellen Woche bei 45 Prozent. Waren dort in der ersten Januarwoche nur 504 Kinder, seien es jetzt 1643 Kinder, so Schmetz. Im Bereich der Kindertagesstätten seien Mitarbeitende in Kurzarbeit. Weiterhin bleibe der Betrieb bis 21.02.2021 geschlossen. Sofern über 50 Prozent der Kinder betreut werden, ende die Kurzarbeit. Im Bereich der Schulen seien deutlich weniger Kinder in der Notbetreuung. Die Rückmeldung aus den Schulen zum Home Schooling sei positiv.

Stadträtin **Knecht** regt den Aufbau eines Netzwerkes mit Studierenden an. Diese kennen sich mit den digitalen Medien gut aus und könnten Schulungen anbieten.

Stadtrat **von Stackelberg** wundert sich über die Einstellung der Volkshochschulkurse. Hier könnte er sich durchaus Onlineveranstaltungen und Online-Kurse vorstellen.

Frau **Schmetz** merkt an, dass man bereits mit den Studierenden in Kooperation stehe. Zum Thema Volkshochschule sagt sie, dass seither kein stabiles online Format bestanden habe. Zudem weist sie auf die Personalsituation in der Volkshochschule hin.

EBM **Seigfried** geht auf die zusätzliche Hilfe hinsichtlich der Erstattung der Kitagebühren an die Kommunen, sofern keine Beiträge erhoben wurden, ein und weist auf die gemeinsame

## TOP 1

### Auswirkungen der Corona-Pandemie - Bericht zum aktuellen Stand

---

Pressemitteilung der Landtagsfraktionen hin. Die Ausführungsbestimmungen hierzu müssen noch abgewartet werden.

## TOP 2

### Digitalisierung an Schulen - mündlicher Bericht

---

#### Beratungsverlauf:

Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) berichtet über die Digitalisierung an Schulen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Durch das Schülersausstattungspaket konnten rund 15% der Schüler erreicht werden. Für die Betreuung und Wartung der Schulnetzte soll in Zukunft eigenes Personal mit 3 Vollzeitstellen eingestellt werden. Weiter informiert er über das Lehrkräfteausstattungsprogramm. Das Paket stehe in der Endphase. Jedoch werden die Mittel nicht für die Ausstattung aller Lehrkräfte reichen. Die Ausschreibungen werden vorbereitet. Zuletzt geht er auf das Thema Schulbudget Corona ein. Es werde unter anderem in Tablets, Laptops, Spuckschutz und Trennwände investiert. Künftig werden alle Lehrkräfte durch das Land mit Masken ausgestattet.

Stadträtin **Knecht** fragt nach dem Ausbau des WLAN-Netzes. Durch Hybridunterricht könne zudem eine Entlastung der Schulbusse erreicht werden. Die Schaffung und kurzfristige Besetzung von drei Administratorenstellen findet sie positiv. Sie wundert sich, dass Lehrkräfte mit ihren eigenen digitalen Endgeräten arbeiten müssen und stellt die Frage, wann die Geräte für die Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen.

Der WLAN Ausbau sei auf einem guten Stand, so Herr **Wittmann**. Problematisch sei teilweise die Glasfaseranbindung. Hier sei man im Gespräch mit den Stadtwerken. Das Lehrkräfteausstattungsprogramm sei gestern auf Bundesebene verabschiedet worden. Derzeit müsse von einer Lieferzeit von 8 bis 10 Wochen ausgegangen werden.

Formal sei für die Ausstattung der Lehrkräfte nicht der Schulträger sondern das Land zuständig, fügt EBM **Seigfried** hinzu.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) berichtet über den Sachstand anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die drei wichtigsten Schulbauten in Ludwigsburg werden weiter vorangetrieben. Neben der Friedrich-von-Keller-Schule sei dies der Neubau der Fuchshofschule und die Sanierung der August-Lämmle-Schule.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt nach den Planungen zur Kindertagesstätte an der Schlösslesfeldschule.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) antwortet hierzu, dass man im Zeitplan sei und die Fertigstellung für Mai geplant werde.

Stadtrat **Meyer** lobt die Arbeit der Verwaltung und bewertet die Maßnahme positiv.

Frau **Barnert** fügt zur Friedrich-von-Keller-Schule hinzu, dass sowohl der Zeitplan als auch der Kostenplan bisher eingehalten werden. Die Schule sei bis Frühjahr 2022 fertig saniert. Der Neubau sei abgeschlossen. Die Sanierungsarbeiten am Bestandsgebäude können beginnen. Man stehe in enger Abstimmung mit dem Fachbereich Bildung und Familie.

**Beratungsverlauf:**

Frau **Raupp** (Stabsstelle Gleichstellungsbeauftragte) informiert über die Gleichstellungsarbeit in Ludwigsburg und die Arbeitsschwerpunkte anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die Umfrageergebnisse zum Thema Alltagssexismus werden am 10.02.2021 im Jugendgemeinderat vorgestellt. Man erwarte hiervon konkrete Ergebnisse für das weitere Verwaltungshandeln. Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis sei sehr positiv. Weiter informiert sie über die Möglichkeit der anonymen Spurensicherung nach einer Vergewaltigung.

Stadträtin **Dr. Traub** findet die Soforthilfe nach einer Vergewaltigung eine sehr gute Sache und ist Zuversichtlich hinsichtlich einer guten Kooperation. Sie lobt die Gleichstellungsarbeit. Jedoch sollten mehr Angebote für Männer eingerichtet werden, appelliert sie und verweist auch auf externe Kooperationspartner.

Stadträtin **Shoaleh** erinnert an die Wichtigkeit der Stelle und lobt die großartige Arbeit. An der tatsächlichen Gleichstellung, insbesondere der Gleichwertigkeit, müsse noch gearbeitet werden. Sie spricht weiter die Öffentlichkeitsarbeit und ein mehrsprachiges Informationsmaterial an.

Stadträtin **Metzger** betont, dass die Gleichstellung ein sehr wichtiges Thema sei. Trotz der Corona

Pandemie sei alles ausgeschöpft worden. Sie lobt ebenso die Arbeit und die gute Kooperation mit den Arbeitskreisen.

Ebenso lobend äußert sich Stadträtin **Knecht**, vor allem hinsichtlich der digitalen Formate. Sie wünscht regelmäßige Informationen an die Fraktionen. Zudem spricht sie die Zunahme von häuslicher Gewalt während der Pandemie an.

Stadtrat **Dengel** bedankt sich ebenfalls. Er hätte sich diese Arbeit bereits vor Jahren gewünscht.

Stadträtin **Shoaleh** merkt an, dass die Anfragen bei „Frauen für Frauen“ auf ein Beratungsgespräch gestiegen seien. Erstaunlich sehe sie den Rückgang im Bereich der häuslichen Gewalt und geht hier von einer künftigen Zunahme aus.

Frau **Raupp** geht auf die offenen Fragen ein. Die Sozialberatung biete Gespräche für Männer mit Gewalterfahrung an. Zudem geht sie auf die Hilfetelefonnummern ein. Zum Thema Männergesundheit stehe sie im Kontakt mit dem Fachbereich. Das Thema Mehrsprachigkeit nimmt sie mit.

Die Sensibilität sei gestiegen, so EBM **Seigfried** und fügt hinzu, dass es aktuell keine erkennbare Zunahme bei Kindern und Jugendlichen gebe. Man stehe im Dialog mit dem Kreisjugendamt. Jedoch seien die Aktivitäten derzeit schwer eingeschränkt. Das Thema mehrsprachiges Informationsmaterial solle zudem im Integrationsrat vertieft werden.

#### Beratungsverlauf:

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) stellt die Konzeption zur Nutzung von Freiflächen für den Sport anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor. Die Freiflächen für Sport und Bewegung mit ihrer niederschweligen Nutzung betitelt er als Schatz für Ludwigsburg. Die Bolzplätze seien wichtige Einrichtungen und multifunktional ausgestattet. Bis auf zwei Stadtteile sei das Stadtgebiet hiermit gut abgedeckt. Neben den klassischen Anlagen werden auch Skater- und Boule Plätze und Slacklines angeboten. Als wegweisendes Projekt mit einer niederschweligen Nutzung sehe er den Pumptrack. Im Trend stehen außerdem Calisthenics-Anlagen für statische Kraftübungen. Die Flächen werden von unterschiedlichen Zielgruppen gut genutzt und sind ein wichtiger Beitrag in der Bewegungs- und Gesundheitsförderung.

Es gebe genügend offene Spielflächen und Spielplätze in der Stadt, findet Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Allerdings sollen die Spielflächen gut und sicher vernetzt werden mit einer guten Erreichbarkeit durch Radwege und ÖPNV. Die Plätze müssen gepflegt und unterhalten werden, gibt sie zu bedenken. Gut nutzbare Freiflächen sollen ebenso zwischen der Wohnbebauung und bei der Quartiersentwicklung geplant werden. Als gutes Beispiel nennt sie die Hartenecker Höhe

mit einem tollen gefahrlosen Bewegungsraum für Jung und Alt. Weiter müsse der demographische Wandel beachtet werden. Es gebe genügend Beispiele für entsprechende Angebote für Ältere. Sie wünscht ein Mobilitätskonzept der Vereine und Sportzentren. Flächen sollen für Bewegung und nicht als Parkfläche genutzt werden.

EBM **Seigfried** geht auf die Neubaugebiete ein. Die Flächen stehen in enger Konkurrenz. Hinsichtlich der Mobilitätskonzepte könne der Fachbereich Nachhaltige Mobilität unterstützen.

Die Aufstellung sei gut, merkt Stadtrat **Meyer** an. Ludwigsburg sei als Sportstadt auf einem guten Weg. Die natürlichste Mobilität sei auf zwei Beinen, so Meyer. Dies sei in fast allen Bereichen der Stadt möglich. Er wünscht erneut ein Gespräch mit dem Stadtverband für Sport, da aufgrund der Kurzfristigkeit lediglich eine Kurzstellungnahme erfolgt sei. Die Stadtteilausschüsse und der Jugendgemeinderat solle ebenso einbezogen werden. Unendlich viele Möglichkeiten gebe es bei den Laufstrecken. Hier sollte ebenso mit Hotels Kontakt aufgenommen werden. Er wünscht einen Überblick der Laufstrecken mit Kilometerangaben. Auch in den Schulen gebe es Freiflächen. Hier müsse die Nutzung geklärt werden. Weiter spricht er die Haftungsproblematik für Vereine an. Zudem solle die Verwaltung, auch im Zusammenhang mit den Krankenkassen, digitale Angebote der Vereine für das häusliche Training unterstützen. Er wünscht eine breite Bekanntmachung und dankt für die Vorlage.

Das Angebot sei reichhaltig und die Klassiker abgedeckt, meint Stadtrat **von Stackelberg**. Die neue Anlage im Walcker-Areal sei sehr gelungen. Im Sportpark Ost vermisst er Geräteangebote und die Ausweisung von Freiflächen. Nachbesserungsbedarf sehe er im Schulcampus in der Innenstadt. Hierzu gebe es bereits Pläne. Die Bewegungsmöglichkeiten seien dort sehr eingeschränkt. Weiter müssen die Trendsportarten mitgedacht werden. Der Jugendgemeinderat solle einbezogen werden. Die Beteiligung des Stadtverbandes sei gut. Er wünscht zudem eine Ausweitung der zeitlichen Beschränkung der Bolzplätze in die Abendstunden hinein. Hier müsse mutiger vorgegangen werden.

Herr **Dahler** nimmt die Anregungen mit und geht auf die offenen Fragen, insbesondere die Thematik Lärm und Anwohner, ein. Im Sportpark Ost seien offene Angebote angedacht.

Jede Möglichkeit zur Schaffung von Freiflächen solle genutzt werden, so Stadträtin **Moersch**. Sie lobt die gute Arbeit des Fachbereiches. Im Campus Innenstadt sei eine Nachbesserung wünschenswert, soweit möglich. Der Jugendgemeinderat solle eingebunden werden.

EBM **Seigfried** geht auf die Gemarkungsgrenzen ein. Das Wegenetz sei sehr gut ausgebaut und gut geeignet für Sportaktivitäten, auch über die Gemarkungsgrenze hinaus. Im Campus Innenstadt seien im Zuge der Entwicklung Flächen weggefallen. Jedoch gebe es neue Flächen in der autofreien Seestraße, durch den Abbruch des Fachklassentrakts sowie die Badnutzung. Er dankt für die Redebeiträge und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

**Beschluss:**

Zur Haushaltskonsolidierung wird der jährliche Zuschuss an den „Verein für ein Freies Schulwesen Waldorfschulverein e.V.“ zu den Sachkosten des Schulbetriebs der Waldorfschule für drei Jahre, von 2021 bis 2023, jährlich um 10 Prozent des bisherigen Zuschusses gekürzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht  
Stadträtin Schmidt

**Beratungsverlauf:**

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

**Beschlussempfehlung:**

Die beigefügte Benutzungsordnung für die Stadtbibliothek der Stadt Ludwigsburg wird als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht  
Stadträtin Schmidt

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

Nachdem kein Sachvortrag vorgesehen ist, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Traub** wünscht künftig in den Vorlagen eine Kennzeichnung der Änderungen.

Herr **Stierle** (FB Bildung und Familie) geht auf die Vorlage ein und erläutert die Änderungen. Er verweist auf den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses vom 09.12.2020.

EBM **Seigfried** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Die Spende der Energetikom - Energiekompetenz und Ökodesign e.V.i.H.v 12.752,39 EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 1).
2. Die Spende der Bürgerstiftung Ludwigsburg i.H.v. 15.581,64EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 78).
3. Die Spende der Wüstenrot Stiftung i.H.v. 10.000,- EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 83).
4. Alle weiteren in der Anlage 1 aufgelisteten Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen werden gesammelt angenommen

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht  
Stadträtin Schmidt

Befangenheit: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** geht auf die Befangenheitsgründe ein.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** erklärt sich für befangen und rückt ab.

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

#### Sichere Häfen:

Am Ende des öffentlichen Teils informiert EBM **Seigfried** über die bisherigen Aktivitäten seit dem Beitritt zum Städtenetzwerk Sichere Häfen. Bereits damals habe er darauf verwiesen, dass der Beitritt in erster Linie ein stadtpolitisches Statement sei. Die Aufnahme von Geflüchteten bewegt sich im Rahmen des geltenden Rechts und der entsprechenden Regelungen. Die Möglichkeiten seien ziemlich ernüchternd, zumal Ludwigsburg kein eigenes Jugendamt habe. Angesichts der jetzt angestoßenen Debatte stellt EBM Seigfried in aller Kürze dar, was bisher geschehen ist und welche Möglichkeiten der unmittelbaren Hilfe bestehen.

Herr **Schindler** (FB Bürgerdienste) teilt seine Erfahrungen anhand eines Beispiels aus der Praxis mit. Die Stadt habe nur einen minimalen Einfluss.

EBM **Seigfried** dankt für das Engagement.

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) informiert über das Programm NesT (Neustart im Team). Dies sei ein zusätzliches Aufnahmeprogramm der Bundesregierung für 500 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, die sich in Erstzufluchtsstaaten aufhalten. Jedoch berge dieses Programm eine große Herausforderung durch Bereitstellung von 5 Mentoren und deren Schulung sowie Wohnungsanmietungen. Zudem werden Familien zugewiesen, ohne vorherigen Bezug.

Stadträtin **Shoaleh** dankt allen Engagierten und Ehrenamtlichen. Sie geht auf die dramatische Situation in den Lagern ein. Die Schwierigkeiten in der Umsetzung mache sie traurig und wütend zugleich. Die Menschen dort werden im Stich gelassen, äußert sie kritisch.

EBM **Seigfried** dankt für das Engagement. Es haben Gespräche mit dem Kreis zur Aufnahme junger Geflüchteten stattgefunden. Leider werde lediglich eine bestimmte Anzahl aufgenommen und über einen Verteilerschlüssel zugewiesen. Bezogen auf Gesamteuropa werde hier kein humanitäres Zeichen gesetzt, so EBM Seigfried.

Im Anschluss beendet EBM **Seigfried** den öffentlichen Teil der Sitzung.